

1. Denkanstöße vom “skandinavischen Modell”?

Interview mit Daniel Dettling von berlinpolis vom 29.12.2005.

Quelle: [TELEPOLIS](#)

Kommentar: Auch in diesem Interview läuft wie ein roter Faden der Irrglaube durch, unsere wirtschaftlichen Probleme seien die Folge des Typs von Sozialstaat, den wir haben. Das ist wirklich eine Irreführung. Schauen Sie auf die folgende Frage und Antwort:

Telepolis: Hierzulande existiert das so genannte kontinentale Modell, dessen Ursprung noch auf die Bismarckschen Ideen zurückreicht. Weil dieses System durch Beiträge der arbeitenden Bevölkerung finanziert wird, rutscht es immer tiefer in die Krise; sowohl durch die demographische Entwicklung als auch durch steigende Arbeitslosigkeit. Macht die Krise denn tatsächlich vor dem Norden halt?

Daniel Dettling: Ja, das nordische Modell ist demographieresistenter, weil es steuerfinanziert ist, und gleichzeitig beschäftigungsfreundlicher, weil soziale Dienstleistungen ebenfalls über Steuern finanziert sind und so eine hervorragende öffentliche Infrastruktur im Bereich der Bildung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie besteht. Die nordischen Länder gehören seit Jahren zu den wettbewerbsfähigsten weltweit.

Kommentar AM: Hier wird wieder mal der Eindruck erweckt, als folgten die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme aus dem angeblichen demographischen Problem, siehe kursiv gesetzte Teile. Richtig ist, dass wir zur Zeit überhaupt kein demographisches Problem haben. Und angebliche künftige strahlen auf die jetzige Situation nicht ab. Wie sollte das geschehen? Unsere sozialen Sicherungssysteme sind vor allem von versicherungsfremden Leistungen belastet. Peter Bofinger schätzt - siehe Minderheitsgutachten des Sachverständigenrats - sie auf rund 130 Milliarden €. Die Sozialabgaben könnten um sieben Beitragspunkte gesenkt werden, wenn diese sachfremde Belastung anders finanziert würde. Es liegt nicht am Bismarckschen System. Die „Richtigkeit“ dieser immer wieder auftauchenden und nachgeplapperten Behauptung folgt nur aus der Wiederholung der Schwadronneure. Beispielfhaft in diesem Interview von Telepolis. Schauen Sie sich, wenn sie an diesem kritischen Urteil zweifeln, die letzte Antwort von Dettling an. Und versuchen Sie einmal, jemanden zu erklären, was im vorletzten Absatz steht. Sie werden diese heiße Luft nicht in eigene Worte fassen können.

2. Unionspolitiker plädieren für kräftigen Lohnzuschlag

Quelle: [SPIEGEL ONLINE](#)

Kommentar: So inkompetent und hilflos die Kommentare mancher Politiker im Detail auch sein mögen: Der Konflikt zwischen den Interessen der Exportindustrie und dem Rest der Volkswirtschaft scheint nun auch die Union zu erreichen.

3. **Wider die Schmalspur-Wissenschaften**

Ob Albert Einstein unter heutigen universitären Bedingungen die Chance zu einer wissenschaftlichen Karriere gehabt hätte, ist zweifelhaft und eine Frage von nicht nur «akademischem» Interesse. Was quer zu den gegenwärtig gerade akzeptierten Meinungen steht, was sich nur unzureichend auf die als relevant erachtete Fachliteratur stützt, was allzu originell ist, trifft – verständlicherweise – auf Widerstand. Keiner der bahnbrechenden frühen Aufsätze Einsteins wäre unter den heutigen Bedingungen in einer der international führenden physikalischen Zeitschriften erschienen.

Quelle: [Neue Zürcher Zeitung](#)

Kommentar: Vielleicht ist dies ein Grund dafür, dass es vor allem auf deutschen Universitäten so wenige, kompetente Volkswirte gibt.

4. **Privatisierung von Krankenhäusern in Hamburg hat Probleme geschaffen statt gelöst**

In Hamburg will der Gesundheitskonzern Asklepios Rentenzuzahlungen für die Beschäftigten des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK) beleihen, um so eigene Liquiditätsprobleme abzuwenden. Der CDU-Senat hatte den LBK privatisiert, obwohl sich in einem Volksentscheid 77 Prozent aller Hamburger Wahlbürger gegen die Privatisierung ausgesprochen hatten. Die CDU erhoffte sich seinerzeit von der Privatisierung unter anderem neue Investitionsmittel für die Modernisierung des LBK, während sich nun abzeichnet, dass der Gesundheitskonzern die erforderlichen Mittel für einen dauerhaften Weiterbetrieb des LBK nicht aufbringen kann. – Auf finanzielle Probleme haben unterdessen auch Vertreter der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft (HKG) hingewiesen, in der sich zahlreiche kleinere Privatkliniken vereinigen.

Quelle: [JUNGE WELT](#)